

109-4/1281

MINISTÉRIUM ARISTOTELA
Doko 109-4/1281
Cj. 109-4/1281
Přilohy listů 38,

38 listů

3.6.2009 Suu.

Krab. 73.

ST S

IV.M - 203 / 41.

IV.M - 204 / 41.

IV.M - 205 / 41.

1.) Vermerk:

Die weitere Verfolgung der einschlägigen Angelegenheit erübrigt sich, da Wichert an Amtsstelle nicht mehr vorstellig geworden ist.

2.) Z.d.A. *ye*

*ja*

IV M - 203 - 41

2

*al*  
31. III. 1942

1. An  
W-Sturmbannführer Witiska,

Prag.

In Sachen Arisierung der Firma Brüder Perutz ist mir das gegen Rückgabe angeschlossene Schreiben eines gewissen Wilhelm Wichert zugegangen. Ich wäre dankbar, wenn ich zur Beantwortung des Schreibens eine kurze Mitteilung über den Stand der Angelegenheit erhalten könnte.

Heil Hitler!

*h*  
W-Obersturmbannführer.

05081

2. Wv. am 1.<sup>6.</sup>1942 bei dem Unterzeichner.

Ustedesgelegt am 1.6.42  
1.6.42

Gruppe "Wirtschaft"  
Entjudungsreferat  
Nr. II/1 Jd 811/42

Prag, den 22. Januar 1942.  
Senat.

Büro des Staatssekretärs  
beim Landesprotektor  
in Böhmen und Mähren.  
Eing.: 24. JAN. 1942

An das  
Büro des Herrn Staatssekretärs,  
im Hause.

Betrifft: Firma Brüder P e r u t z, Prag II., Heuwaagspl.15.

Zum Schreiben vom 17. Januar 1942

Aktz. St.S. IV M- 203a/41

Nachdem die Firma Fritz V ö l k aus Berlin  
ihr Interesse an der Firma  
Brüder P e r u t z, Prag II., Heuwaagspl.15,  
aufgegeben hat, steht der Überführung des Unternehmens auf den  
H-Angehörigen W i e c h e r t nichts entgegen. Das bisher  
noch fehlende Wertgutachten ist inzwischen eingegangen, sodass  
nunmehr die Kaufverhandlungen und die Überführung des Unternehmens  
in Kürze erfolgen wird.

*W. J. J. J. J.*



Prag, den 17. Januar 1942.

17. 1. 1942

- 1) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

Herrn Hofmann.

In Sachen Arisierung der Firma Brüder Perutz bitte ich  
um die Erledigung der hies. Zuschrift vom 25.11.v.Js.  
- Zeichen St.S. IV M - 203a/41.

- 2) Wv. am 17.2.1942 bei dem Unterzeichner.

181

h

20. XI. 1941

1) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

Herrn H o f m a n n.

In Sachen Arisierung der Firma Brüder Perutz bitte ich unter Bezugnahme auf die dort. Zuschrift vom 28. v.Mts. - Zeichen Nr. II/1 Jd 22462/41 um eine baldgefällige weitere Mitteilung über den Stand der Angelegenheit.

2) Wv. am <sup>20.</sup> 24.12.1941 bei dem Unterzeichner.

Wiedervorgelegt am 24.12.41

Wiedervorgelegt am 20.12.41



180021

h

Gruppe  
Entjudu  
Nr. II/

St: 6. IV M-203 a/41

6a

Der Firma Völk habe ich gestattet, die Räume auf ihre Brauchbarkeit unverbindlich zu besichtigen. Eine Bereitstellung der Räume habe ich von einer endgültigen Überprüfung der Angaben der Firma V ö l k abhängig gemacht. Die Eingabe des Wiechert füge ich anliegend bei.

Anlage.

Stofmann.



18061

21532/41 a 7.8 G. H. D. Halbe

7.  
+  
14

WILHELM WIECHERT  
PRAG  
POSTFACH 205

II - Jd 22462/41

PRAG, den 18. Oktober 1941.

Büro des Reichsprotectors  
in Böhmen und Mähren  
Prag

Dag: 20. OKT. 1941

SS-Gruppenführer  
Staatssekretär K. Frank

21. OKT. 1941

in Prag.

*P. 2.  
Herrn Professore  
für Konkrete Überwachung*

*es hätte eine Ihre Rückmeldung*

*...*

*44. Oststr. Prag 10. 47.*

Betr.: Entjudung der Firma Brüder Perutz, Prag II., Heuwaagsplatz 15.

Als freiwilliger Angehöriger der Waffen-SS erlaube ich mir, mich in nachstehender Angelegenheit an Sie, hochverehrter Herr Staatssekretär zu wenden und Ihre frdl. Hilfe und Unterstützung zu erbitten.

Ich bin Volksdeutscher, dem Rufe des Führers gefolgt Umsiedler aus Riga, Angehöriger der Waffen-SS, 1. Sturm der Standarte 108, und Mitglied der NSDAP.

Der Herr Reichsprotector in Böhmen und Mähren erteilte mir mit Zuschrift Z. II/1 Jd 16055/4L bereits am 25. Juni d. J. die Genehmigung zur Führung von Kaufsverhandlungen bezüglich der Entjudung der Firma Brüder Perutz, Prag, wodurch meine persönliche Eignung und Berechtigung wohl als einwandfrei gegeben erscheint.

Mit Rücksicht darauf, dass ich in den letzten Monaten wahrnehmen musste, dass von der bisherigen Firmenleitung unnötige Verzögerungen im Arisierungungsverfahren verursacht wurden und ich weiters auf Grund der gewonnenen Erfahrungen weitere Schwierigkeiten befürchten musste, sah ich mich gezwungen, Herrn Hauptsturmführer Hauser um seine Unterstützung in meinen Bemühungen zu bitten.

In Anerkennung der von mir angeführten Gründe wurde durch Bescheid des Herrn Reichsprotectors in Böhmen und Mähren vom 7. ds. No. 00/1 Jd 21532/41 der bisherige Treuhänder abgesetzt

566/1

St. G. IV Nr. 203/41

WILHELM WIECHERT  
PRAG  
POSTFACH 205

Blatt 2.

PRAG, den 18. Oktober 1941.

und ich zum Treuhänder der Firma Brüder Perutz, Prag bestimmt.

Nun musste ich leider feststellen, dass einige Herren aus mir unbekanntem Gründen und in unverantwortlicher Weise bemüht sind, mir die Erwerbung der Firma Brüder Perutz, Prag, und Schaffung einer neuen Existenz dadurch unmöglich zu machen, dass einerseits der zweckmässige und folgerichtige Aufbau des Unternehmens gestört, und andererseits die Möglichkeit für eine Fortführung des Betriebes genommen wird.

So wird unter Berufung auf höheren Orten gegebene Zusagen von der Werkstättenfirma Fritz Völk, Prag VII., um ihre eigene Betriebsstätten zu erweitern, versucht, die Abtretung eines zum Fabriksobjekt der Firma Brüder Perutz gehörenden und für die Fortführung unumgänglich notwendigen Gebäudes durchzusetzen.

Weiters musste ich zu meinem grossen Bedauern erfahren, dass Bemühungen im Gange seien, an massgebender Stelle der Firma Brüder Perutz, Prag die Rohstoffkontingente für das nächste Jahr zu streichen.

Durch beide Vorhaben wird naturgemäss meine Existenz als zukünftiger Besitzer der Firma, und hauptsächlich der Lebensunterhalt meiner Familie /ich erwarte in kürzester Zeit eine Abberufung im Rahmen des Einsatzes im Osten/ in höchstem Grade gefährdet, wenn nicht vollkommen untergraben.

Vom Wunsche beseelt, mich sofort nach Sicherung der Existenz meiner Familie, der deutschen Wehrmacht zur Verfügung zu stellen, bitte ich Sie, hochverehrter Herr Staatssekretär, mich gegen die geschilderten Intrigen in Schutz zu nehmen und in meinen Bemühungen um eine sofortige Vollendung der Entjudung freundlichst

II - Jd. 22468/41

./.

Stromgenossenschaften  
einerseits und den Ver-  
schaftsystem, zu dem  
von Reichs- oder Land  
Dieser Kampf ist aus  
dem Ausmaß zugunsten  
schaftsysteme geführ  
talistischen Energie  
Machtübernahme die st

14

dahin ausgesprochen haben, "daß die derzeitige Entwicklung der Elektrizitätsversorgung grundfalsch, abzulehnen und nach dem Kriege abzuändern sei. Die derzeitige Entwicklung der Elektrizitätsversorgung sei absolut von kapitalistischen Interessen diktiert, aber nicht von den Belangen der Allgemeinheit bestimmt".

Diese Äußerung des Führers ist Anfang 1940 zur Kenntnis des Leiters des Hauptamtes für Kommunalpolitik der Reichsleitung der NSDAP, Reichsleiter Oberbürgermeister Karl Fiehler, gelangt und hat diesen veranlaßt, Reichsleiter Bormann zu bitten, ihn über die Stellungnahme des Führers zur Frage der Energieversorgung zu unterrichten. Daraufhin schrieb Reichsleiter B o r m a n n unter dem 5.2.1940:

"Herrn

Reichsleiter Karl F i e h l e r

M ü n c h e n  
\*\*\*\*\*

Betr.: Verhältnisse in der Elektrizitätswirtschaft.

Lieber Parteigenosse F i e h l e r !

Auf Ihre Bitte, Sie über die Stellungnahme des Führers zur Frage der Energieversorgung zu unterrichten, teile ich Ihnen mit, daß der Führer das Bestreben, die gemeindlichen Elektrizitätswerke zur Aufgabe ihrer Selbstständigkeit zu zwingen, restlos ablehnt. Eine solche Entwicklung hielte der Führer

75

für völlig unrationalesozialistisch. Der Führer wünscht vielmehr, daß jedes Dorf und jede Gemeinde, sofern kleinste Wasserkräfte zur Verfügung stehen, diese auch selbst nutzbringend verwertet. Es sollen also nach dem Willen des Führers nicht nur die vorhandenen Werke bestehen bleiben, sondern es soll nach Möglichkeit erreicht werden, daß die vorhandenen Wasserkräfte voll ausgenutzt sind, so daß eine große Anzahl kleinerer Werke neu errichtet oder wieder in Betrieb genommen werden müssen.

Von dieser Stellungnahme des Führers habe ich in seinem Auftrage Reichsminister Dr. Lammer unterrichtet.

Ich habe keine Bedenken dagegen, wenn Sie den Inhalt dieses Schreibens den Gauamtsleitern für Kommunalpolitik vertraulich zur Kenntnis geben. Das Hauptamt für Technik, insbesondere Pg. Dr. F o d t , ist von dieser Ansicht des Führers bereits unterrichtet.

gez. B o r m a n n "

Im Verlaufe des Kampfes der Gemeinden mit dem kapitalistischen Energiewirtschaftssystem hat in den letzten Jahren auch der Reichsinnenminister als Vertreter der deutschen Gemeinden gegen das Reichswirtschaftsministerium Stellung bezogen.

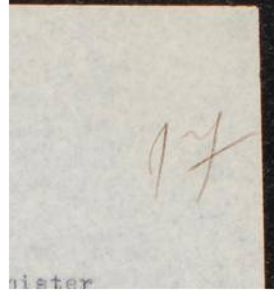
08181

16

Diese Stellungnahme äußerte sich u.a. auch in der Frage der sog. "Flurbereinigung". Diese sog. "Flurbereinigung", die sowohl von den kapitalistischen Großunternehmen als auch von der Wirtschaftsgruppe "Elektrizitätsversorgung", der Reichsgruppe Energiewirtschaft und dem Reichswirtschaftsministerium lebhaft unterstützt und gewünscht wurde, dient u.a. der Monopolisierung der Elektrizitätsversorgung zugunsten der Großunternehmen des kapitalistischen Energiewirtschaftssystems, unter welcher auch die gemeindlichen Elektrizitätswerke stark zu leiden haben. Im Rahmen der Monopolisierungsbestrebungen war seit Jahrzehnten die Tendenz der Großversorgungsunternehmen wirksam geworden, gemeindliche, genossenschaftliche und andere mittlere und kleinere Elektrizitätswerke verschwinden zu lassen und ihre Versorgungsgebiete ans dem Hoch- und Höchstspannungsnetz der Großversorgungsunternehmen zu speisen.

Gegen die Fortsetzung dieser Tendenz hinsichtlich der Gemeinden wandte sich ein Kundesatz des Reichsinnenministers vom 28.2.1940 an die Landesregierungen, in welchem u.a. die Gemeinden angewiesen wurden, bis zur Klärung der für die Durchführung der "Flurbereinigung" notwendigen Grundsätze, bei den mit fremden Energieversorgungsunternehmen zwecks Übernahme der gemeindlichen Betriebe etwa schwebenden Verhandlungen Zurückhaltung zu üben. Diese Weisung des Reichsinnenministers hat auf dem Gebiete der gemeindlichen Energiewirtschaft bis zu einem bestimmten Ausmaß zu einem Stillstand in der "Flurbereinigung" geführt. Damit ist jedoch der Kampf des kapitalistischen Energiewirtschaftssystems gegen die Bewirtschaftung der elektrischen Energie durch Gemeinden und andere volkennahe Verwaltungen und Unternehmen keineswegs beendet worden. Es liegen begründete Anzeichen dafür vor, daß vom kapitalistischen Energiewirtschaftssystem versucht wird, im Rahmen der von General-

424



Gl. Dr. J. / M.

Wien, den 19. September 1941

An den

Herrn Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren  
Freiherrn v. Neura th

P r a g

Betrifft : Reorganisation der Elektrizitätsversorgung  
im Protektorat Böhmen und Mähren.

Sehr geehrter Herr Reichsprotector !

Entgegen meinen eigenen Auffassungen über die künftige Gestaltung der Energieversorgung im Protektorat Böhmen und Mähren, welche durch mich persönlich sowie auch durch meinen Beauftragten mehrfach Ihrem zuständigen Referenten mitgeteilt wurden, hat dieser Handlungen nach einer Richtung gesetzt, welche mich veranlaßt, Ihnen direkt eine ausführliche Darstellung über meine Ansichten zu diesen Dingen zu geben.

Im Gefüge der Elektrizitätsversorgung Böhmens und Mährens sollten zumindest keine solchen Änderungen eintreten, welche die zukünftige politische Entwicklung dieser Räume vorwegnehmen würden. Zu Maßnahmen dieser Art gehört die Einschaltung der Zentralelektrowerke Prag als übergeordnetes Elektrizitätsversorgungsunternehmen des Protektorates und Maßnahmen, die diesem Elektrizitätsversorgungsunternehmen eine monopolartige Stellung nicht nur in technischer, sondern auch in rein wirtschaftlicher Beziehung innerhalb der Elektrizitätsversorgung Mährens einräumen würden. Dabei habe ich mich niemals gegen die Einrichtung einer einheitlich gelenkten Verbundwirtschaft innerhalb Böhmen und Mährens gewendet, sofern diese auf die angrenzenden Räume und deren Energiewirtschaft die vernunftmäßig zu fordernde Rücksicht nimmt.

2 Ich habe meine Stellungnahme mit einem ausführlichen Gutachten belegt und darin auch dargetan, in welcher Art mir die weitere Regelung der Energiewirtschaft des mährischen Raumes vorstelle, und meine Meinung soweit ausführlich begründet. Wie in diesem Gutachten nachgewiesen wurde, ist aus volkspolitischen und wehrwirtschaftlichen Gründen nur eine Regelung im Protektorate tragbar, die dessen Energieversorgung in die im Aufbau befindliche Energieversorgung des Gesamtreiches sinngemäß eingliedert und nicht für das ganze Protektorat eine eigene übergeordnete Stromversorgungsunternehmung schafft. Der böhmische Raum soll dabei von den Reichselektrowerken Berlin, der mährische Raum von den Alpenelektrowerken erfaßt und betreut werden, Dadurch wird eine wirtschaftlich besonders vorteilhafte und ausbaufähige Koppelung der Kohlenenergie des Ostrauer Beckens mit den Wasserkräften des Alpengebietes erreicht und der volks- und geopolitischen Lage Mährens als Grenzgau des Reiches Rechnung getragen.

Diese meine eindeutige Stellungnahme findet seitens der Abteilung Energiewirtschaft beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren überhaupt keine Beachtung. Darüber hinaus jedoch setzt der Leiter dieser Abteilung Reg.Ass. JUDr. FEITH ständig seine Bemühungen fort, den Einfluß der Zentralelektrowerke im mährischen Raume so stark zu erweitern und reichlich zu unterbauen, daß den mährischen Elektrizitätsversorgungsunternehmungen jede Entwicklungsmöglichkeit nach der von mir angedeuteten Richtung genommen wird. Neben der systematischen Benachteiligung bei der Zuteilung von Kontingenten, bei der ständig Schwierigkeiten gemacht werden, wird beharrlich und immer ohne mich oder meine Beauftragten rechtzeitig zu verständigen, versucht, den mährischen Gesellschaften die Aufnahme von Bestimmungen in ihre neuen Satzungen aufzuzwingen, die

die beherr  
 zitätsvers  
 len. Dabei  
 tätsvorsor  
 haupt nich

Stelle aus  
 versammlun  
 12.9.1941  
 in die neu  
 AG. erreic

Vorgehen e

23

in Mähren, die dessen politische Entwicklung vorwegnimmt.

Das Verhalten des Energiereferenten in Ihrem Amte, des Reg.Ass.Dr.FEITH, gerade in dieser Angelegenheit macht ihn als Leiter einer so wichtigen Abteilung auf die Dauer untragbar. Ich bitte Sie daher, seine Abberufung in Erwägung zu ziehen.

In Erwartung, daß Sie meinen Auffassungen volles Verständnis entgegenbringen begrüße ich Sie mit

Heil Hitler !

gez. Dr. Jury

(Gaulleiter und Reichsstatthalter Dr. Jury)



57181

Preg, den 10. Februar 1943. 224

10. II. 1943  
Me

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen :

W-Sturmbannführer Günther.

Ein Generaldirektor Ziegler, der die frühere Schuhfabrik "Allright" in Trebitsch arisiert hat, kaufte in diesem Ort zusätzlich das Haus eines Juden Fürst. Angeblich verweigere die jüdische Kultusgemeinde die Herausgabe der Hausschlüssel. Ich wäre dankbar, wenn Sie, falls die Darstellung zutrifft, für die Bereinigung der Angelegenheit sorgen würden.

W-Obersturmbannführer.

25885

2.) Z.d.A.

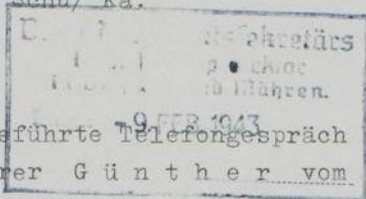
IV M 205 — 41

Parteiverbindungsstelle

Prag IV, den 9. Februar 1943  
Burg, Nordflügel,  
Tel. 60141-49, App. 3628.

Schu/ Ka.

Pg. Dr. G i e s ,



Bezugnehmend auf das mit Ihnen geführte Telefongespräch bitte ich Sie, den Hauptsturmführer G ü n t h e r vom Zentralamt für die Behandlung der Judenfragen anzurufen und ihm folgendes mitzuteilen:

Die Aeterna-Schuhindustrie A.G., Wien, die ordnungsgemäss die frühere Schuhfabrik "Allright" in Trebitsch arisiert hat, kaufte von der jüdischen Kultusgemeinde bezw. vom Zentralamt für die Behandlung der Judenfragen in Trebitsch das Haus des Juden Fürst am Bach. Der Kaufpreis wurde bereits vor zwei Monaten bezahlt. Trotzdem ist es dem Beauftragten der Firma Aeterna nicht gelungen, die Schlüssel für dieses von ihnen gekaufte Haus ausgehändigt zu erhalten, um nunmehr einzuziehen und das Haus herrichten zu können, da es dringend benötigt wird. Die Aeterna kann als Rüstungsbetrieb angesprochen werden, da sie jeden zweiten Tag einen Waggon wiederhergerichteter Soldatenstiefel an die Front abschickt, ausserdem für die Wehrmacht und Waffen-SS Soldatenstiefel anfertigt sowie Arbeitsstiefel für die Rüstungsarbeiter.

Generaldirektor Z i e g l e r, der sich zur Zeit in Trebitsch befindet, rief mich an und bat mich, diese Sache doch einmal aufzuklären; denn es ist doch tatsächlich unverständlich, warum für ein bereits gekauftes Objekt die Schlüssel nicht ausgehändigt werden.

*W. H. H. H.*

C. G. IV M - 205 d/41

26

10. Januar 1942.

1/4-Gruf.

St.S. 13/42/427/41.

12.1. 1942  
1) An Herrn

Gauleiter Dr. J u r y ,  
Leiter der Parteiverbindungsstelle  
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren,

P r a g IV,

Burg.

Lieber Parteigenosse Jury!

Das dort. Schreiben vom 16.v.Mts. - Zeichen Schu/Me. in Sachen Erwerb von Feindvermögen habe ich mit Pg. Schulterschomburg besprochen. Wie ich diesem mitteilte, stehe ich auf dem Standpunkt, dass Pg. Ziegler im vorliegenden Falle den Vorrang hat. Ich ermächtige Dich, diese meine Auffassung bei den Staats- und Parteidienststellen bekannt zu geben, die sich mit der Angelegenheit befassen.

06876

H e i l H i t l e r !  
Dein

2) Z.d.A.

*hu*

27



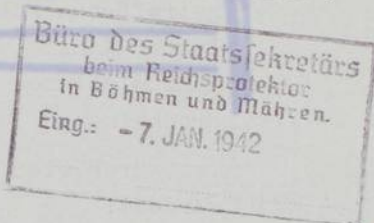
**Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei**

**Der Leiter**  
**der Parteiverbindungsstelle**  
**beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren**

Prag IV., den 16.12.1941.  
Burg  
Sernruf: 60951-55

An den  
Herrn Staatssekretär, SS-Gruppenführer K.H. Frank,

Prag IV.  
Czernin-Palais.



Schu/ Me.  
Betrifft: Erwerb von Feindvermögen.

Hier/ Uebernahme der Schuhfabrik "Allright" in Trebitsch/Mähren - durch die "Aeterna", Schuhfabrik in Wien.

Lieber Parteigenosse Frank!

Mit Schreiben vom 30.9. ds.Js. bestätigtest Du mir, dass Du mit der "Aeterna", Schuhfabrik in Wien als Bewerberin einverstanden seiest. In Deinem Schreiben vom 24.10. gabst Du mir weiter zur Kenntnis, dass auch seitens des Beauftragten des Reichskommissars für die Behandlung feindlichen Vermögens beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren gegen den Erwerb der "Allright" durch die "Aeterna" keine Bedenken bestünden, sofern ein angemessener Kaufpreis gezahlt werden würde. Ausserdem kündigtest Du mir an, dass die Verkaufsverhandlungen mit dem inzwischen zum Verwalter der Schuhfabrik "Allright" eingesetzten Treuhänder in Kürze eingeleitet werden könnten.

Ogleich Du inzwischen in dieser Angelegenheit entschieden hast, sind die Verhandlungen doch ins Stocken geraten, weil ein Bewerber H a m m e r einen Herrn im Reichswirtschaftsministerium für sich interessiert hat, der nun seitens des Reichswirtschaftsministeriums versucht, seinen Bewerber Hammer durchzusetzen und die "Aeterna" auszuschalten. Diese Handhabung von Seiten des Reichswirtschaftsministeriums halte ich nicht für glücklich, denn Hammer hätte sich ja schon damals rechtzeitig mit dem Oberlandrat und besonders mit den örtlichen Par-

*Handschuhfabrikator.*

28

*2. d. d.*

20. November 1941.

*1. 20/11. 41  
Me*

Der ständige Vertreter

An die  
Partei-Kanzlei,  
z.Hd.d. Parteigenossen **B ä r m a n n**,  
M ü n c h e n 33,  
Braunes Haus.

Büro des Staatssekretärs  
beim Reichswirtschaftsministerium  
in Berlin, Wilhelmstraße 105  
Eing. 22. NOV. 1941

Schu/ Ka. 5000  
Betrifft: Erwerb von Feindvermögen;

Hier: Übernahme der Schuhfabrik  
durch die "Aeterna"-Schuh

Der Leiter der Parteiverb  
Br. J u r y — bittet S  
heit beim Reichsbeauftrag  
bezw. beim Reichswirtscha

22a

- 2 -

weit unter dem tatsächlichen Wert, ausserdem waren hohe Konventionalstrafen für die Nichteinhaltung von Lieferungsverträgen vereinbart, wobei von vornherein feststand, dass die Lieferungsfristen nicht eingehalten werden konnten, weil sie weit über der wirklichen Kapazität des Unternehmens lagen, wodurch abermals eine Vermögensverschleppung erfolgte.

98% der Aktien sind somit praktisch herrenlos; 2% der Aktien sind zerstreut und uninteressant. Die Rechtsverhältnisse der Firma "Allright" waren zunächst äusserst unklar. Besonders stand nicht fest, ob es sich um Juden- oder Feindvermögen handelt. Zur Zeit wird das Unternehmen von einem vom Oberlandrat in Iglau eingesetzten Verwaltungstreuhänder geführt.

Um dieses Unternehmen, das nicht nur eine besonders wirtschaftliche sondern auch volkspolitische Bedeutung erlangen kann, bewerben sich zur Zeit zwei Firmen, nämlich:

- 1.) die "Aeterna"-Schuhfabrik in Wien, und
- 2.) der Schuhhändler Hammer aus Frankfurt a.M.

Für die Übernahme des Unternehmens kann natürlich nur ein entsprechend kapitalstarker Unternehmer in Frage kommen, der auch die finanziellen und fachlichen Voraussetzungen hat. Die Bewerbung dieser beiden Firmen ging in folgender Weise vor sich:

Die "Aeterna" wandte sich vor etwa Jahresfrist an den zuständigen Oberlandrat und gleichzeitig an den Kreiswirtschaftsberater, um ihre Wünsche anzumelden und Einzelheiten über den Betrieb in Trebitsch zu erfahren. Die Verhandlungen liefen mit der Entjudungsabteilung beim Oberlandrat, weil zunächst angenommen wurde, dass es sich um eine Entjudung handele. Erst

- 3 -

57828



14/10 203-611 71

29

vor etwa 3 Monaten wurde dann festgestellt, dass es sich um Feindvermögen handelt.

Durch die Verhandlungen der "Aeterna" wurden auch der Gauwirtschaftsberater und Gauleiter Dr. Jury persönlich mit dieser Angelegenheit befasst. Da die Schuhfabrik "Allright" in Trebitsch zum Gaugebiet Niederdonau gehört und ihrer ganzen Struktur nach auch nach Wien tendiert, ferner alle mit dieser Angelegenheit befassten Stellen sich für die Übernahme durch die "Aeterna"-Schuhfabrik aussprachen, bat der Gauleiter in einem Schreiben vom 20.9.41 an den Staatssekretär Frank, auch seitens des Reichsprotectors in diesem Sinne zu entscheiden.

In der Zwischenzeit hatte sich der Schuhhändler Hammer direkt an den Reichsprotector gewandt, und zwar an das Entjudungsreferat, und an den Beauftragten für Feindvermögen, um die Schuhfirma "Allright" für sich zu erwerben. Die örtlichen Stellen (Kreiswirtschaftsberater, Gauwirtschaftsberater usw.) wurden von Hammer nicht befragt. Er versuchte sich erst mit den örtlichen Dienststellen in Verbindung zu setzen, nachdem Gauleiter Dr. Jury bereits eindeutig entschieden hatte.

25852

Mit Schreiben vom 30.9.ds.Js. bestätigte Staatssekretär Frank dem Gauleiter Dr. Jury, dass er mit der "Aeterna" als Bewerberin einverstanden sei. In einem weiteren Schreiben vom 24. Oktober ds.Js. teilte der Staatssekretär dem Gauleiter mit, dass auch seitens des Beauftragten des Reichskommissars für die Behandlung feindlichen Vermögens beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren gegen den Erwerb der Fabrik durch die "Aeterna"-Schuhfabrik keine Bedenken bestehen, sofern ein angemessener Kaufpreis gezahlt würde. Der Staatssekretär kündigte an, dass die Verkaufsverhandlungen mit dem inzwischen zum Verwalter der Schuhfabrik "Allright" eingesetzten Treuhänder in Kürze eingeleitet werden könnten. Da lediglich der

Effektivwert geschätzt worden war, veranlasste der Oberlandrat eine neuerliche Schätzung, und zwar des Verkehrswertes. Die Kosten hierfür übernahm die Schuhfabrik "Aeterna".

Nachdem nun Herr Hammer auch seitens des Beauftragten des Reichskommissars für Feindvermögen beim Reichsprotector in Erfahrung gebracht hatte, dass für ihn ein Erwerb kaum mehr in Frage komme, versuchte er das Reichswirtschaftsministerium für diese Sache zu interessieren. Am 21. Oktober ds. Jrs. erschien ein Oberregierungsrat Dr. W i e s e vom Reichswirtschaftsministerium, um den Erwerb für Hammer durchzusetzen. Die Besprechung beim Beauftragten für Feindvermögen beim Reichsprotector, Dr. F r a n k e, verlief für Hammer ergebnislos, aber auch für die "Aeterna" ist es seit dieser Besprechung nicht zu Verkaufsverhandlungen gekommen, da nämlich inzwischen der Reichsbeauftragte für Feindvermögen in Berlin mit dieser Angelegenheit befasst wurde und sich dshingehend ausgesprochen hat, dass ein Verkauf der Schuhfabrik "Allright" nur dann stattfinden soll, wenn eine tatsächliche Notwendigkeit hierzu gegeben ist. Es kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, dass der Reichsbeauftragte diese Ansicht vom Reichswirtschaftsministerium erst jetzt übernommen hat, da die Gutachten des Oberlandrates und des Kreiswirtschaftsberaters die Notwendigkeit eines Verkaufes zum Ausdruck bringen.

57827



Abgesehen davon, dass für die Bewerbung der "Aeterna" alle Voraussetzungen vorliegen — sie ist die größte Schuhfabrik der Ostmark, wird von Fachleuten und alten Parteigenossen einwandfrei geführt, die finanziellen Mittel für den Erwerb liegen vor, ferner wurden seitens der "Aeterna" bindende Zusagen gemacht für

die Erfüllung wichtiger volkspolitischer Aufgaben in Trebitsch, Kreisleiter und Oberlandrat in Iglau begrüßen die Bewerbung der "Aeterna" und befürworten sie — ist doch vom Standpunkt der Parteiverbindungsstelle das wichtigste Argument, dass sich der Gauleiter bereits für diese ostmärkische Firma entschieden hat und dass der Staatssekretär den vom Gauleiter geäußerten Wunsch unterstützt.

Es ist sowohl bei der Partei als auch bei der Behörde Übel vermerkt worden, dass Herr Hammer sich als Ehrenzeichenträger auf angebliche Beziehungen zum Führer beruft und dass von seiten Hammers (Oberregierungsrat Dr. Wiese) heute mit dem Argument, der Herr Reichswirtschaftsminister wünsche den Erwerb durch Hammer, gearbeitet wird.

Der Gauleiter bittet Sie nun, in Erfahrung zu bringen, was es mit dem Wunsch des Reichswirtschaftsministers für eine Bewandnis hat, da wir nicht verstehen, weshalb heute diese Schwierigkeiten gemacht werden; denn das Argument des Herrn Hammer, dass er angeblich als einziger der bedeutenderen Schuhhandelsunternehmen des <sup>Gross-</sup>deutschen Reiches keine eigene Erzeugung besäße, ist nicht stichhaltig. Eine Erzeugungsetätte gehört in die Hände von Fabrikanten vom Fach, wie dies auch in dem Gutachten der Reichsgruppe Schuhhandel zum Ausdruck gebracht ist. Es ist doch beachtlich, dass ~~insichte~~ <sup>nicht</sup> die Reichsgruppe sich für die "Aeterna" ausgesprochen hat.

Der Hinweis von Hammer, dass er im Falle des Erwerbs der "Allright" durch die "Aeterna" seinen Warenbezug verlieren würde, ist gegenstandslos, da die Firma "Aeterna" bereit ist, ihn in demselben Umfang wie bisher auch weiterhin zu beliefern, sofern die Verordnungen der Reichsstelle für Lederwirtschaft dies zulassen. Dies könnte der "Aeterna" für die Dauer des Krieges

und die Zeit der gebundenen Wirtschaft sogar als Auflage gemacht werden. Hammer ist nur Händler, er war nie Erzeuger, er besitzt fachlich nicht die Eignung zur Führung einer solchen Erzeugungstätte und wäre demnach immer in erster Linie auf fremde Hilfe angewiesen. Demgegenüber war die "Aeterna" seit jeher eine fabrikmässige Schuherzeugung und verfügt über die reichsten Erfahrungen, so dass die einwandfreie Betriebssicherheit der "Allright" in Trebitsch aus eigenem Können verlässlich gewährleistet erscheint.

Hammer will die "Allright" namentlich um seinen Warenknappheit für sein stellen. Er gibt an, 40 seine 50 Schuhgeschäfte gedeckt zu haben. Die "A Einzelhändler laufend mi

und die günstigen Export sind wirtschaftlich bede auch in der Slowakei kei bestehen.

Es liegen demnach bei de von gesamtwirtschaftlich Hammer lediglich persönl

durch die Weiterbelieferung seiner Handelsfirma durchaus nicht gefährdet sind.

Hammer wird die Erzeugungsstätte Trebitsch offenbar nur so lange brauchen können, als die derzeitige Warenknappheit besteht. Mit der Auflockerung der Rohstoffknappheit muss sein Interesse an einer eigenen und noch dazu von seiner Basis weit entlegenen Erzeugungsstätte zwangsläufig fortfallen. Demgegenüber bleibt das Interesse der Firma "Aeterna" an "Allright" in Trebitsch dauernd; im Gegenteil, es wird mit dem Fortfall der Wareneinschränkungen mit Rücksicht auf den ungeheuren Bedarf des Südostraumes zweifellos noch steigen. Dann wird die "Aeterna" den Betrieb in Trebitsch entsprechend den dort gegebenen günstigen Voraussetzungen erweitern und ausbauen. Die wirtschaftliche Bedeutung des Südostraumes, insbesondere für die Nachkriegszeit, ist vom Reichswirtschaftsministerium selbst wiederholt hervorgehoben worden. (Schirnherr der Südosthandels-Gesellschaft mit dem Sitz in Wien ist Reichsminister F u n k persönlich.)

Die Firma "Aeterna" ist auch besonders in der Lage, die notwendigen und erwünschten volkspolitischen Aufgaben in Trebitsch zu erfüllen, sie verfügt über deutsche Gefolgschaftsmitglieder mit ausreichenden tschechischen Sprachkenntnissen, die deshalb eine besonders wertvolle Verwendung in dem tschechischen Trebitsch als deutsche Elemente finden können.

Aus diesen sachlichen <sup>20872</sup>Erwägungen ist die getroffene Entscheidung zugunsten der "Aeterna" objektiv und subjektiv richtig, und es ist kein Grund vorhanden, von dieser Entscheidung zugunsten Hammers abzugehen. Hammers einziges Interesse an dem Warenbezug kann durch die erwähnte Auflageverpflichtung voll befriedigt werden.

Der Gauleiter lässt Sie bitten, sich dieser Sache recht bald anzunehmen.

H e i l   H i t l e r !

(Schulte-Schenburg)  
Gauamtsleiter.

36  
24. Oktober 1941.

W-Gruf.  
St.S.427/391/41.

1) 1941  
2.4. X.  
An Herrn  
Gauleiter und Reichsstatthalter Dr. Jury,

W i e n .  
-----


Lieber Parteigenosse Jury!

In Sachen Aeterna-Schuhfabrik in Wien teile ich im Nachgang zu meinem Schreiben vom 30.v.Mts. - Zeichen St.S. 391/41 mit, dass die Schuhfabrik All Right kein jüdisches Unternehmen ist, sondern zum Feindvermögen gehört. Der Beauftragte des Reichskommissars für die Behandlung feindlichen Vermögens beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren hat mir berichtet, dass gegen den Erwerb der Fabrik durch die Aeterna-Schuhfabrik keine Bedenken bestehen, sofern diese einen angemessenen Kaufpreis zahlt. Die Ankaufsverhandlungen werden von dem inzwischen zum Verwalter der Schuhfabrik All Right eingesetzten Treuhänder in Kürze eingeleitet werden. Ich hoffe, dass Dich diese Auskunft zufriedenstellt.

27873

Heil Hitler!

Dein  


2) Z.d.A.  


33

GRUPPE WIRTSCHAFT  
Entjudungsreferat

Prag, den 22. Oktober 1941.  
Senat.

II/1 Jd - 22459/41.

Büro des Staatssekretärs  
beim Feindprojektor  
in Böhmen und Mähren.  
Eing.: 23. OKT. 1941  
Tgb. Nr.: .....

An das  
Büro des Herrn Staatssekretärs,  
zu Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. G i e s,

im Hause.

Betr.: Schuhfabrik "ALL RIGHT" in TREBITSCH.

Die Schuhfabrik "ALL RIGHT" ist kein jüdisches  
Unternehmen, sondern gehört zum Feindvermögen.

Die Äußerung des Beauftragten des Reichskommissars  
für die Behandlung feindlichen Vermögens habe ich eingeholt.  
(Siehe Anlage.)

Ihre Anlagen reiche ich zurück.

Anlagen.

*Mjmmmm*

22853

*Gruppe*

St. S. IV M - 205 a / 41

X 35  
2. OKT. 1941  
*fu*

2) G.R. mit 2 Anlagen

II 10A 21656/41

Herrn H o f m a n n

zur sofortigen Äusserung übersandt.

3) Alsann Wv. am 10.10.1941 bei mir.

*habe: Pfeiffenritze, Allwirth, im Fortschritt.*

27851

